

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Auch #WirHabenPlatz – unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland in Sachsen aufnehmen!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich der Initiative der Bundesländer Niedersachsen, Berlin und Thüringen mit der öffentlichen Zusage und Verpflichtung anzuschließen, im Freistaat Sachsen mindestens 50 minderjährige unbegleitete Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen, altersgerecht unterzubringen und zu betreuen.
2. sich gegenüber der Bundesregierung und in der Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland hierzu im Rahmen eines Sofortprogrammes des Bundes mindestens 1.000 minderjährige unbegleitete Geflüchtete aus Griechenland aufnimmt.
3. dem Landtag über die Umsetzung der Beschlusspunkte 1 und 2 und die dabei erzielten Ergebnisse sowie über die Anzahl und die Unterbringungs- und Betreuungssituation der im Freistaat Sachsen aufgenommenen unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus Griechenland zu berichten.

Begründung:

Die Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen auf den griechischen Inseln ist katastrophal. Seit langer Zeit kritisieren namhafte Nichtregierungsorganisationen (NGO) diese Zustände. Von den rund 4.100 unbegleiteten Minderjährigen in Griechenland leben mehr als drei Viertel in den Lagern auf den griechischen Inseln in Moria auf Lesbos, auf Chios und Samos oder auf der Straße oder sind „zu ihrem Schutz“ inhaftiert.

Dresden, den 8. Januar 2020

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Die weltweit geltenden Garantien der UN-Kinderrechtskonvention oder entsprechender EU-Vorgaben sind für diese minderjährigen Menschen faktisch obsolet.

Der Zugang zu Schulbildung und medizinischer Versorgung ist ihnen weitestgehend versperrt, sie erhalten oft nur unzureichend zu essen und leben unter unerträglichen hygienischen Bedingungen. In den äußerst prekären Verhältnissen in den Lagern oder auf der Straße sind unbegleitete Minderjährige Gewalt, Missbrauch, Kinderprostitution oder anderen Formen von Ausbeutung schutzlos ausgeliefert. In Moria ist rund die Hälfte der circa 1.000 unbegleiteten Minderjährigen noch nicht einmal zwölf Jahre alt.

Vor diesem Hintergrund griff der niedersächsische Innenminister Pistorius bereits Ende Oktober 2019 eine Initiative von 19 Organisationen (https://b-umf.de/src/wp-content/uploads/2019/11/02_2019_10_20_aufnahme-minderjaehriger-aus-griechenland_ki-1), unter anderem des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes Hamburg e.V., der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., des terre des hommes Deutschland e. V., des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. und des Bundesfachverbandes unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V., auf und forderte ein Sofortprogramm für die Aufnahme von rund 1.000 minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten aus Griechenland noch vor Einbruch des Winters.

Gemeinsam mit Berlin und Thüringen startete Niedersachsen eine entsprechende Initiative. Niedersachsen sagte dabei zu, 100 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen, Berlin 70 und Thüringen 25.

Die Bundesregierung lehnte diese Initiative bislang ab und verwies auf Direkthilfen, die die Bundesrepublik vor Ort geleistet habe. Auch die Innenministerkonferenz sprach sich gegen die Initiative Niedersachsens aus.

Erneute Bewegung kam in die Debatte durch die Forderung des Vorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Robert Habeck, der die Bundesregierung zu Weihnachten zur Aufnahme der unbegleiteten geflüchteten Kinder und Jugendlichen aufforderte. (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-12/asylpolitik-robert-habeck-gruene-fluechtlinge-griechenland-einwanderung>)

Im Koalitionsvertrag bekennen sich die drei regierungstragenden Parteien von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Unterstützung von „Programmen des Bundes in Abstimmung mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk zur Aufnahme von besonders gefährdeten Gruppen“. Mindestens 150 Personen sollen so in Sachsen aufgenommen werden.

Die Fraktion DIE LINKE nimmt daher die neue sächsische Koalitionsregierung beim Wort und begehrt mit dem Antrag die Umsetzung des zuletzt mit dem „Dringenden Aufruf im Nachgang zum Offenen Brief vom 02.10.2019, #Wir haben Platz – geflüchtete Minderjährige aus Griechenland aufnehmen – noch vor dem Winter“ der o. g. Organisationen öffentlich erhobenen Appells „an die Landes- und Bundespolitiker*innen“, sich der Forderung nach einem Bundesprogramm „JETZT anzuschließen und gemeinsam humanitäre Verantwortung zu übernehmen“ (Anlage).